



Der Bär will keine Kette

Putin wehrt sich gegen den Westen und gibt der Krise zwei Jahre. Seite 7

Fotos: imago/Itar-Tass, dpa/Ole Spata

Weniger Zoff wegen Hartz

In Berlin sinkt die Zahl der Klagen vorm Sozialgericht. Seite 11

Donezk-Kicker im Exil

Die Fußballer von Schachtjor Donezk tragen ihre Spiele in der Westukraine aus. Auch die Bayern werden bald in Lwiw empfangen. Seite 19



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 19. Dezember 2014

69. Jahrgang/Nr. 295 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wer klärt auf?

Tom Strohshneider über den »Fall Edathy« und den Politbetrieb

Der letzte Satz von Edathy bei seinem Auftritt vor der Presse am Donnerstag lautete: »Denken Sie mal darüber nach.« Zumindest dem kann man zustimmen, wenn man noch klärt: Worüber?

Denn was als »Fall Edathy« weder halb richtig noch völlig falsch beschrieben ist, entzieht sich einfachen Wahrheiten. Die Schwere der moralischen Fehlleistung des Sozialdemokraten, der sich Filme von Minderjährigen besorgte, die kaum dadurch besser werden, dass sie nicht verboten sind, hebt zum Beispiel nicht die Rechte des Verdächtigten auf, was Unschuldsumsetzung, Privatsphäre und differenzierte juristische Bewertung angeht. Die Arroganz wiederum, mit der Edathy jetzt auftrat, kann nicht gegen die notwendige Kritik an der medialen Hatz gegen ihn in Stellung gebracht werden. Die jedes Vertrauen brechende Preisgabe persönlicher SMS von Parteifreunden durch Edathy zwecks eigener Verteidigung wiederum darf keine Legitimation dafür sein, dass offenbar zwischen Sicherheitsbehörden und Politprominenz eigene Regeln herrschen – solche, die mit dem Gesetz nicht vereinbar sind. Und so fort.

Mag sein, dass Edathy mit seinem Auftritt ein heftiges SPD-Nachbeben auslöst. Aufklärung, die diesen Namen verdient, wird man von Sozialdemokraten deshalb kaum erwarten können. Und dass manche Medien vor allem interessiert, wie die Titel der Filme heißen, die Edathy sich besorgte, lässt nicht gerade darauf hoffen, dass der »Fall Edathy« als das gesehen wird, was er eben auch ist: ein Fall des politisch-medialen Betriebs.

UNTEN LINKS

Endlich liegt es vor, das große Werk der Ausländer-Maut, das der automobilpolitische Tausendsassa Alexander Dobrindt ausgeknobelt hat. Die CSU will es von der UNESCO demnächst als achtetes Weltwunder anerkennen lassen; vor allem, weil es den deutschen Autofahrern ein raffiniertes Schlupfloch lässt: Wer sich nur auf abgelegenen, unscheinbaren Pfaden fortbewegt und das mit Fahrtenbuch, Video-Livestream oder NSA-Beobachtungsprotokoll nachweisen kann, der muss nicht blechen. Wie aber findet der mautsparende deutsche Autofahrer solche Schleichwege? Mit Hilfe einer Erfindung, die vor genau 25 Jahren getätigt wurde: mit dem guten alten Navi. Einmal auf »Nie wieder Maut« programmiert, führt es das Fahrzeug wie von Geisterhand über Waldwege, Feldraine, ausgetrocknete Flussbetten, stillgelegte Bahntrassen, Trampelpfade, Ameisenstraßen. Gut, man braucht ein bisschen Zeit dafür, aber man trifft keinen einzigen Mautausländer. wh

Im Ausnahmezustand

Edathy: Kauf der Filme war moralisch falsch, aber legal / Vorwürfe an SPD-Politiker



In der Bredouille: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann in einer TV-Talkshow vor dem Bild von Sebastian Edathy

Foto: imago/Müller-Stauffenberg

Berlin. Es war ein denkwürdiger Auftritt von Sebastian Edathy am Donnerstag in der Bundespressekonferenz von Berlin. Und es folgte ein ebenso denkwürdiger Auftritt des früheren SPD-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss des Bundestag. Wie weit die dort abgegebenen Erklärungen des Ex-Politikers, gegen den ein Strafverfahren wegen des Besitzes von kinderpornografischem Material läuft, zur Aufklärung darüber beitragen, wer ihn vor Ermittlungen gewarnt haben könnte, blieb am Donnerstag aber offen.

Edathy hat vor den Medien und den Abgeordneten unter anderem wiederholt, er sei

durch den SPD-Abgeordneten Michael Hartmann über die Ermittlungen in Kenntnis gesetzt worden. Dieser wiederum soll sein Wissen vom damaligen BKA-Chef Jörg Ziercke haben, der aus Sorge um die SPD gehandelt habe. Träfe dies zu, so der LINKE-Politiker Frank Tempel, müsse dies ein juristisches Nachspiel haben. Vor allem gegen den heutigen SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann brachte Edathy vor, dieser habe unter anderem über die Zahl der Mitwisser die Unwahrheit gesagt – was der zurückweist. Die SPD-Spitze, so Edathy, habe ihn aber nicht vor den Ermittlungen wegen Kinderpornografie gewarnt.

Zu den Vorwürfen gegen ihn äußerte sich Edathy auch. »Ich habe eingeräumt, das war ein Fehler. Aber es war rechtlich – wie es aussieht – in Ordnung«, sagte er zum Erwerb der Filme, die Minderjährige zeigen sollen. Der Darstellung, das Gericht habe ihm die Einstellung des Verfahrens offeriert, widersprach das Landgericht Verden – der Antrag stamme von Edathys Verteidigern.

»Der Politiker Edathy ist Geschichte. Ich wollte auch der SPD nicht schaden. Ich führe ein Leben im Ausnahmezustand«, sagte der Sozialdemokrat, der auch die Medien kritisierte. nd Seite 5

Havanna-Club sorgt für gute Stimmung

Kontaktaufnahme der Präsidenten Castro und Obama international begrüßt – vor allem in Lateinamerika

Die historische Annäherung zwischen Kuba und den USA nach mehr als einem halben Jahrhundert ist weltweit mit Freude aufgenommen worden.

Berlin. Bei offiziellen Vertretern aus Asien, Europa und insbesondere Lateinamerika war am Donnerstag von einer »historischen« und »mutigen« Entscheidung die Rede. Auch Venezuelas Präsident Nicolas Maduro, einer der schärfsten Kritiker der USA, gehörte zu den Gratulanten.

Maduro nannte die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama und dem kubanischen Staatschef Raúl Castro eine »historische Korrektur«. Er sagte, das Handeln Obamas sei »mutig und notwendig«, und sah darin einen »Sieg der Moral«, einen »Sieg von Fidel« Castro und einen »Sieg des kubanischen Volkes«.

Obama hatte zuvor in einer Fernsehansprache ein »neues Kapitel« in den Beziehungen beider

Länder angekündigt, deren Präsidenten seit 1959 keinen offiziellen Gesprächskontakt mehr unterhielten. In Kubas Landessprache Spanisch sagte Obama »Wir alle sind Amerikaner« und kündigte die Eröffnung einer Botschaft in Havanna »in den kommenden Monaten« an. Außerdem sollen die gegen Kuba verhängten Sanktionen gelockert werden, wenngleich die US-Republikaner dagegen bereits ihren Widerstand ankündigten.

Mit dem Lob löste Maduro beim Gipfel der südamerikanischen Gemeinschaft Mercosur im argentinischen Paraná Applaus unter seinen Kollegen aus Brasilien, Argentinien, Uruguay und anderen Staaten aus. Chiles Außenminister Heraldo Muñoz sagte, die Annäherung sei der »Anfang vom Ende des Kalten Krieges auf dem amerikanischen Kontinent«. Er hoffe, dass eine Normalisierung der Beziehungen folge, die »der ganzen Region gut tut«. Das me-

erikanische Außenministerium erklärte, die Entscheidung stehe in einer Linie mit »Mexikos historischer Position, die auf friedliche Beilegung von Konflikten« in der

»Historischer Wendepunkt, bei dem eine weitere Mauer einzustürzen beginnt«

EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini

westlichen Hemisphäre abziele. Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos sagte, die Entscheidung öffne die Tür für eine Zukunft, in der »wir den Traum wahr machen können, einen Kontinent zu erreichen, auf dem vollständiger Frieden zwischen den Nationen« herrsche.

Auch China begrüße und unterstütze die Normalisierung der

Beziehungen zwischen beiden Ländern, sagte Außenamtssprecher Qin Gang. »Und wir hoffen, dass die USA ihr Embargo gegen Kuba so bald wie möglich aufheben können«, fügte er hinzu. Für die Regierung in Peking sei die Freundschaft zwischen China und Kuba sehr wichtig, weshalb China Kuba auf seinem »Entwicklungspfad« weiter unterstützen werde.

Papst Franziskus, der sich im Sommer in persönlichen Schreiben direkt an Obama und Castro gewandt hatte und so zu den Wegbereitern der Entscheidung zählt, begrüßte die »historische Entscheidung« und sicherte weitere Unterstützung zu.

Eine »neue Kuba-Politik« auch für Deutschland forderte Wolfgang Gehrcke, Vize-Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag. Für beide Länder wäre der Abschluss eines Kulturabkommens von großer Bedeutung. Ein solches Abkommen sei fast unterzeichnet. Agenturen/nd Seite 2

Präsidentenwahl in Griechenland geht in die zweite Runde

Dimas ohne notwendige Mehrheit

Athen. Der Kandidat der griechischen Regierungskoalition, der frühere EU-Kommissar Stavros Dimas, ist am Mittwochabend bei der Wahl eines neuen Staatspräsidenten in der ersten Runde gescheitert. Der 73-Jährige verfehlte im Parlament die notwendige Mehrheit. Nur 160 der anwesenden 295 Abgeordneten stimmten für ihn. Notwendig wären 200 Ja-Stimmen gewesen. 135 Parlamentarier enthielten sich der Stimme, wie das Parlamentspräsidium mitteilte. Die Abstimmung muss nun am 23. Dezember wiederholt werden. Sollte auch dieser Wahlgang ohne Ergebnis bleiben, wird nochmals am 29. Dezember abgestimmt. Dann sind lediglich 180 Stimmen für die Wahl notwendig. Scheitert auch dieses Votum, sind vorgezogene Wahlen vorgeschrieben.

Er sei optimistisch, dass am Ende ein Präsident der Republik gewählt wird, erklärte Regierungschef Antonis Samaras nach dem ersten Wahlgang. Er sei sich sicher, die Abgeordneten verstünden, dass das Land kein »Abenteuer« erleben dürfe. Der Chef der stärksten Oppositionspartei, des Linksbündnisses SYRIZA, Alexis Tsipras, erschien sichtlich zufrieden nach diesem Ergebnis im Fernsehen. »Die Strategie der Angst ist zusammengebrochen«, sagte er. Bald werde das Volk das Wort haben. Das Ergebnis gilt nach übereinstimmenden Einschätzungen aller Kommentatoren in Griechenland als schlechtes Zeichen für die Regierungskoalition. dpa/nd Seiten 4 und 8

Neuer Einsatz am Hindukusch

Bundestag beschließt Folgemandat / Bis zu 850 Soldaten für Afghanistan

Berlin. Die Bundeswehr bleibt auch nach Ende ihres 13-jährigen Kriegseinsatzes mit bis zu 850 Soldaten in Afghanistan. Der Bundestag beschloss am Donnerstag mit 79,8 Prozent der abgegebenen Stimmen die deutsche Beteiligung an der neuen Mission »Resolute Support« (Entschlossene Unterstützung). Zum Jahreswechsel ersetzt sie den ISAF-Einsatz der NATO, an dem sich zeitweise mehr als 5000 deutsche Besatzungssoldaten beteiligt hatten.

Die Hauptaufgabe der Bundeswehr wird die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Streitkräfte sein. Die Soldaten sollen jedoch auch für die Sicherung, den Schutz und die Evakuierung militärischer und ziviler Kräfte eingesetzt werden können. Dafür sollen Spezialkräfte bereit stehen. »Es ist kein Kampfeinsatz mehr«, erklärte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) aber. Das nannte der Linkspolitiker Jan van Aken eine Lüge. Seine Fraktion lehnte den Einsatz ebenso ab wie die Mehrheit der Abgeordneten der Grünen.

An dem neuen NATO-Einsatz werden etwa 12 000 Soldaten aus 40 Ländern teilnehmen. Die Bundeswehr wird wieder eine Führungsaufgabe in Nordafghanistan haben, wo sie das Feldlager in Masar-i-Scharif weiter betreiben wird. dpa/nd

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Frauen der Frankfurter Schule: Die zwei Leben der Gretel Adorno Eine Fußnote für Renate Wieland

Von Utopia nach Hiddensee: Literatur und ewige Gralssuche

Partnerwahl bei Kapuzineraffen: Wenn Weibchen Steine werfen

ISSN 0323-3375

